

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 48.

Halle, Dienstag, 26. Februar 1889.

181. Jahrgang.

Bestellungen

Hallische Zeitung

auf die für den Monat März zum Preise von 1 R. werden von der Expedition, den Zeitungsboten und Ausgabestellen, für Auswärts von sämtlichen Reisebüros, Postanstalten und den Landbriefträgern angenommen.

Die Expedition.

Halle, den 25. Februar.

Deutschlands Ehre auf Samoa gewahrt.

Nach einem schon bekannten offiziellen Telegramm hat das deutsche Schuttschiff vor Genoa am Freitag den telegraphischen Befehl erhalten, nach den Samoa-Inseln abzukommen. Man bringt diese Thatsache mit den Besprechungen in Verbindung, welche der Kaiser kürzlich mit dem kommandirenden Admiral, dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Bismarck gehabt hat, und glaubt, daß man mehr Anstalten gemacht werden dürfen, um die rebellischen Samoaner, die Deutsche überfallen und deutsches Eigentum geplündert hatten, gehörig zu züchtigen. Es haben bei der Beurteilung dieser Gevorfälle 17 Offiziere und Mannschaften das Leben eingebüßt und 39 haben Wunden davongetragen. Wie Fürst Bismarck in seiner Antwort an den stellvertretenden Vizekönig der Admiralität vom 5. Februar d. J. mittheilt, wolle der Kaiser die Durchführung der Vergeltung erst nach voller Kenntnis der zu strehenden Vorgänge bestehen. Dieser Kenntnis ist durch den am 6. Februar eingetroffenen Bericht des Konjuls in Apia gegeben worden, und es ist nicht davon zu zweifeln, daß die Erklärung des Kriegszustandes vom 23. Januar durch den Konjuls Feige zurückgenommen werden ist. Es dürfte nunmehr wohl daran gegangen werden, für die Besitze Vergeltung zu üben. Der von Staatssekretär von Capri genährte Wunsch, es möchte ein Waffenstillstand erfolgen, kann für Deutschland um so weniger von irgend welchem Belang sein, als der Staatssekretär selbst anerkennt hat, daß die Schuldigen der Mordthat Deutschlands verfallen seien, und als überdies die Konferenz noch gar nicht einmal begonnen hat.

Die „Post“ schreibt offenbar halbseitig: Die „Weser-Zeitung“ brachte zu der Veröffentlichung des Samoa-Vertrages eine Berliner Korrespondenz, welche unferes Erachtens manche zutreffende Gesichtspunkte enthält, und die wir deshalb nachstehend auszugswise wiedergeben. Ein Hamburger Blatt hat angeblich aus dem Munde eines deutschen Diplomaten die Versicherung berichtet, daß Deutschland in der Samoa-Angelegenheit nur deshalb den Vereinigten Staaten gegenüber eingeleitet sei, weil es Angelegenheit der gegenwärtigen Konstellation sofort Frankreich habe in Betracht ziehen müssen. Wenn aber das erstgenannte Weisbuch über Samoa irgend eine Thatsache außer Zweifel stellt, so ist es, daß Deutschland nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus Gründen des Völkerrechts so gehandelt hat, wie es handelte, und daß die deutsche Regierung es nicht nur in der gegenwärtigen, sondern auch in keiner anderen Konstellation wegen einer „Lumperei“ wie dieser auf ein Fernweirnis mit der voranterränischen Politik hätte antommen lassen. Die Instruktionen und Verträge des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes vertragen an seiner Stelle ein Zeichen schmerzlichen Entschlusses, wo es sich um den Schutz deutscher Reichsangehörigen gegen Rechtsverletzungen handelt, aber zeigen auch nicht die leiseste Spur von Zweifel daran, daß dort, wo Interessen deutscher Organe zur Geltung kommen werden müssen, das internationale Recht gegen sie war. Man erweist der deutschen Regierung einen schlechten Dienst, wenn man sie in den Schein bringt, als könnte sie unter geeigneten Umständen auch einmal anders verfahren, d. h. sich über Völkerrecht und Verträge hinwegsetzen, sobald die „Konstellation“ ihr günstig wäre. . . . Die Kritik, die das Weisbuch bisher in der Presse erfahren, richtet sich fast ausnahmslos gegen den Ueberseher einzelner deutscher Vertreter in Samoa, denen das notwendige Maß staatsmännischer Besonnenheit zur Beherrschung der Lage nur zu sehr gefehlt zu haben scheint. . . . Wie ein roter Faden zieht sich durch die gesammelten Berichte von Ort und Stelle das Weisreden, die Anzögerung oder das Protektorat Deutschlands über die Inseln als notwendige Erscheinung zu lassen. Auch auf den Anlaß zu dem blutigen Gefecht vom 18. Dezember v. J. fällt durch das Weisbuch ein neues Licht. Der Entschluß des deutschen Konjuls, Mataafa zur Entlohnung zu bewegen, war erst dadurch hervorgerufen, daß der Berater Lamafese, Hauptmann Brandeis, dem Konjul mittheilte, Lamafese lie überzeugt, daß er von Deutschland keine Hilfe zu erwarten habe, und beabsichtigte deshalb, mit Mataafa zu unterhandeln. Auf solche Verhandlungen einzutreten, war von Berlin aus dem Konjul bereits empfohlen worden, für den Fall, daß Lamafese sich ohne Einmischung nicht halten sollte. . . . Der Ueberfall vom 18. Dezember wäre demnach zu vermeiden gewesen, wenn der deutsche Konjul seine Instruktion zur Klärung dieser Verhältnisse aufgegeben hätte, als er that. Da die Mataafa-Deute dabei unter amerikanischer Führung gekämpft haben, ist so lange gleichgiltig, als die amerikanische Regierung nicht für die Handlung einzelner Individuen mit Grund verantwortlich gemacht werden kann. Der deutsche Konjul aber belästigt durch sein Eingreifen die deutsche Regierung unter allen

Umständen mit solcher Verantwortlichkeit, und deshalb ist der Gegenstand wohl begründet, in welchem das Weisbuch die Haltung des Konjuls und diejenige der Regierung selber zu Tage treten läßt.

Ueber die Gründe, welche die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt haben, den bisherigen amerikanischen General-Konjul auf Samoa, Schmitt, zur Einreichung seines Entlohnungsgeheudes aufzufordern, erfährt der Hamburger Korrespondent, wie er erklärt, aus bester Quelle jetzt Folgendes:

Der General-Konjul hatte nicht nur vor dem Senats-Ausschusse, welchem er über die insonnigen Verhältnisse Bericht erstattete, sondern auch in zahlreichen Interviews mit Berichtserstatter der Presse der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Haltung des Staatssekretärs Brandeis bezüglich Samoa's Deutschland gegenüber viel zu nachgiebig gewesen sei und daß derselbe die amerikanischen Interessen ohne Vorbehalt gegeben habe. Jeder Fall hat durch seine vielfach unvollständigen und übertriebenen Angaben den Senat in einem für diesen letzteren schwierigen Augenblicke eine Verlegenheit bereitet und demselben im Interesse der Aufrechterhaltung der Dignität seines Ressorts genöthigt, die abgewollene Kritik seines Politik durch einen feiner Untergebenen mit besten Entschlossen zu beantworten.

Das neue französische Ministerium.

Das neue Ministerium in Frankreich hat sein Regierungsprogramm unter Vorjhr Carnot's in zwei Vorlesungen festgelegt. Dasselbe umfaßt nachstehende vier Punkte:

- 1. Wiedereinnahme des den plebiszitären Bestimmungen zugewiesenen Personal der Behörden und Verwaltungen für die Sache der Republik.
2. Vertheiligung der republikanischen Verfassung gegen deren Feinde und Widerstand gegen aufrührerische Unternehmungen.
3. Erledigung des Budgets für 1890 und einiger dringender Gesetze, namentlich des Vorkriegsgesetz.
4. Eröffnung und Feier der Weltausstellung unter Veranlassung glänzender Feste, welche die Fremden herbeiziehen sollen.

Dieses Programm befindet, daß das neue Ministerium nicht bloß als Anstellungs- oder Geschäftsministerium, auch nicht als eigentliches Concentrations-Ministerium aufzufassen ist, sondern einen ausgeprägt opportunistischen Charakter hat, der die Aktion nach seiner Richtung hin ausübt.

Mit diesem Cabinet scheint Herr Carnot eventuell auch vor der Kammerauflösung und dem Neuwahlen nicht zurückzukehren, falls die Radikalen denselben Schwierigkeiten bereiten wollen, wie es den Anschein hat.

Die in beiden Kammern verlesene ministerielle Erklärung befiel im Wesentlichen:

Dem Hute des Präsidenten entweichend haben wir uns die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde nicht verhehlt, aber wir haben uns der Erwägung nicht verschrieben, daß die Wünsche unserer Wähler nicht verlagern werden, die von einem Willen und dem Entschlusse befehle sind, die Wahlen zu erfüllen, welche die allgemeine Idee enthält. Während der wenigen Monate, welche die gegenwärtige Session uns noch verbleibt, werden wir unsern Arbeitsplan, bleiben noch zwei große Aufgaben zu erfüllen: das Budget pro 1890 ist noch zu vollziehen, außerdem handelt es sich darum, durch eine große angelegte, budimale und weise Politik den Gehalt der Staatsrenten zu vermindern, die zu sichern, welche zeigen wird, welche Nummer die Kunst, die Spahrerie und die Arbeit aller Völker in unserer arbeitstamen und friedlichen Frankreich aufzuhalt hat. Andere Gelebe von großer Wichtigkeit, welche schon seit langer Zeit erwartet wurden, wie das Militärgesetz, befinden sich im Verarbeiten. Wir sind darauf bedacht, daß die diese Gelebe zu einem guten Ende führen werden; aber wir betonen es als Hauptaufgabe der Regierung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen für alle Republikaner den Gehalt der Staatsrenten zu vermindern, die zu ergebenen Franzosen das Ziel zu bereiten für eine energische und entscheidende Aktion; welche darauf abzielt, die Vertheilung des Friedens, der Gerechtigkeit und des Fortschritts zu verteidigen und zu befestigen, welche unser Land bei Begründung der Republik für sich herstellen wollte. Fremde Geiste der freien Institutionen, werden alle unsere Anstrengungen dahin gerichtet sein, daß Frankreich im vollen Besitze seiner selbst inmitten eines Zeitalters der Vertheiligung und Eintracht sich auf sich selbst besinne. In diesem notwendigen Friedenswerke fordern wir Sie in dem höheren Interesse des Vaterlandes an. Der Erfolg von dieser Politik hängt von unserer Fähigkeit und Punctualität ab. Sie können uns in mehr darauf verlassen, als wir verdienen, und mit unserer Verantwortlichkeit die Weanten, die ihre Pflicht erfüllen, zu deden, um so mehr als wir irrende Mitglieder der gesetzl. und Schwachen ein werden. Was unsere Wachsamkeit betrifft, so halten wir es für unser Recht, die Aufmerksamkeit der Nation zu erwecken, welche die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und die Achtung vor der Republik sichern werden, indem wir außerordentliche Unternehmungen bereiten und im Nothfalle unterdrücken werden.

Adhinooff, der „freie“ Kosak.

Ein ziemlich klägliches Ende nimmt jetzt die Adhinooff'sche Expedition nach Westsibirien. Auf einem französischen Kriegsschiff werden Adhinooff und seine Begleiter bis Suva zurückgeführt werden. Die französische Regierung machte dies Anerkenntnis der russischen Regierung, und letztere nahm es dankbar an. Das Ministerium Floquet ist mit ihm in einer Aktion aus dem Amte geschieden, welche staatsmännischer Gesichtspunkte entbehrt. Die Erklärung von Gräp für den Reichstag kammer abzugeben, welche Adhinooff'sche Expedition nach Westsibirien, wird durch das Bombardement der Adhinooff'schen Eschaa an der Bai von Ladjura hinreichend erklärt. Frankreich wollte

sich Italien in Interesse der Handelsvertrags-Verhandlungen entgegenkommen zeigen, und es leuchtet deshalb dem Freireiter Adhinooff gründlich heim, jannal das Petersburger Kabinett seinen Zweifel darüber ließ, daß das offizielle Ausland jenen Unternehmen völlig fernstehe.

In der That bekräftigt der antliche Petersburger Regierungsrath einen eingehenden Artikel, in welchem er das Vorgehen Frankreichs durchaus ablehnt. Der „Reuevues-Rötel“ hat hervor, der Kredit wüßten den sich „Alman der freien Welten“ nennenden Adhinooff und den französischen Behörden sei durch willkürliche Handlungen Adhinooff's verurteilt worden. Die russische Regierung habe der Expedition Adhinooff's vollkommen fern gehalten, und als Adhinooff es wagte, den französischen Konjul in West Sibir zu verhaften, daß sein Vorgehen von der russischen Regierung gebilligt werde, habe letztere ihren diplomatischen Vertreter in Kairo, Gijander, beauftragt, dem dortigen französischen diplomatischen Agenten mitzutheilen, daß die in dieser Beziehung von Adhinooff abgebenen Versicherungen ligenerliche seien.

Am 24. Januar habe der russische Gesandte in Paris nach der Mitteilung der französischen Regierung telegraphirt, daß nach der Landung Adhinooff's in der Tadjurabucht die dortigen französischen Konsulbevollmächtigten Adhinooff aufzufordern, die überflüssigen Waffen abzuliefern. Adhinooff habe sich geweigert und sei nach Sagalla gegangen, dort habe er die russische Handelsflagge aufgehängt und erklärt, daß er das Gebiet auf Grund einer Ueberzeugung mit dem Späntung in Besitz genommen habe.

Abwehnen habe sich Adhinooff fortbauend geweigert, den Besuchen der französischen Behörden nachzukommen, welche sich darauf nach Petersburg mit der Bitte gewandt hätten, eine Expedition auf Adhinooff auszusenden und zugleich erklärt, wenn er (Adhinooff) die überflüssigen Waffen übergeben und die dortigen französischen Konsulbevollmächtigten anerkennen würde, könne er in Sagalla verbleiben.

Die russische Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, allein in Hinblick auf die Entfernung und nenerliche Anwesenheit seien die französischen Behörden geeigneten Umständen, sich nicht leisten getöbnet und ebenio viel verwendet worden.

Die französische Weisheit habe erklärt, Frankreich werde keine Vertheiligung der Russen auf französischem Gebiete nicht, wenn solche in erheblicher Größe vor sich haben, und sei bereit, den Transport der Begleiter Adhinooff's nach Suva zu erleichtern. Zu diesem Zwecke sei ein russischer Marine-Offizier nach Suva gegangen, um den weiteren Transport noch weiter ins Werk zu setzen.

Der Artikel schließt die Verantwortlichkeit des Jarlommenloches solle ganz und gar auf Adhinooff; der Zwischenfall in Sagalla werde seinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen Russland und Frankreich haben.

Diese Ansicht des offiziellen Organs des Caren wird natürlich vom pansibirischen Ausland nicht geteilt. Man bringt dem F. L. aus Petersburg, die „Rouge Freiheit“ sei empört über Frankreich's Handlungsweise. Das neue französische Kabinett, speziell Spuller als angeblicher „Deutscher“ und als Gegner eines russisch-französischen Bündnisses, wird von der russischen Presse in Frage dessen, und obwohl Floquet und Goblet, nicht aber Tirard und Spuller, hier handlung auftraten, in letzterem Vertheiligung der Personen und Verhältnisse zunächst in sehr unympathischen Werben gezeigt. Diese Auffassung wird Niemandem übersehen. Bald genug wird man diese Petersburger Moskowitz indess eine andere Tonart anfragen hören, sobald sie erst wieder, daß Spuller viel eher ein Mann nach ihrem Herzen ist, als es Goblet gewesen. Aber auch hier — und das ist zu beachten — tritt der Gegenja zuhuden den offiziellen und dem sich „national“ gebenden chauvinistischen Ausland groß in die Erscheinung.

Vermischte politische Mittheilungen.

Der Kaiser empfing Sonnabend Mittag den künftigen vortragsfähigen Staatsminister Dr. Frhen. v. Müllernach, der mit einer Einladung zur Thronbesteigung, des Majestät der Kaiser ertheilte am 4. Uhr dem Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen, Herrn von Reihiger, eine Audienz. Am Sonntag Vormittag begaben sich Ihre Majestäten nach der Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Gutsbezugs nach der Nicolai-Straße und wohnten dort dem Gottesdienste bei. Nach dem künftigen Schloffe zurückgekehrt, nahm der Kaiser im Beisein des Ministers des künftigen Hauses von Wedell und des Geheimen Regierungsrathes Müller im Sternengal die Kronmünzen in Augenschein und ertheilte dem Herrn John von Berenberg-Göcker aus Hamburg eine Audienz. Am Nachmittage fand im Schloffe Familienratte statt.

Die seit einigen Tagen verbreitete Nachricht, ein englischer Arzt werde die bevorstehende Entbindung der Prinzessin Heinrich überwaachen, ist nach einer Meldung des „Hamb. Kor.“ vollständig aus der Luft gegriffen.

Dem Regierungsrath Dr. Ginzpeter, dem ehemaligen Lehrer und Erzieher des Kaisers, soll eine Beförderung im Ministerium angeboten worden sein. Man nimmt an, Dr. Ginzpeter werde auf die Erhebung des Kronrathes denselben Einfluß gewinnen, der ihm von Kaiser Friedrich und dessen hoher Gemahlin auf die zeitige Ernennung des jetzigen Kronrathes eingewirkt worden war.

Die Verlobung des russischen Thronfolger's mit der Prinzessin Alix von Hessen saum Petersburger Nachrichten zufolge als Thatsache angesehen werden. Sie soll jedoch erst im Mai veröffentlicht werden, und zwar in Darmstadt, der Heimath der Braut. Der Zarowitsch wird sich dort persönlich das offizielle Antwort halten. Der „Kreuztg.“ wird aus der russischen Hauptstadt darüber geschrieben:

Die Verbindung war wohl sehr nahegelegen. Wenn der Thronfolger nicht eine Wautengenerin erheben wollte, deren Ebenbürtigkeit doch nicht als ganz unannehmlich gelten kann,

# Aus dem Landtage.

Waldenburgerhaus.

20. Sitzung vom 23. Februar 1889. 11 Uhr.

Am Ministertische. V. Wapach und Kommissar.

Auf der Tagesordnung liegt zunächst die Vorlesung der

zweiten Beratung des Entw. und zwar des Entw. der Bau-

ordnung.

Bei den Einmündigen, unter denen auch Einmündigen von

Witwen-Gesellschaften verzeichnet stehen, bittet

Abg. Berger-Witten den Minister, aus seinem Etat die

Stempelsteuer zu befreien.

Beim ersten Titel der Ausgaben „Gehalt des Ministers“

bittet

Abg. Schulz-Vodum um die Verbindung des Kanals von

Dortmund nach dem Eschbühl mit dem Eschbühlkanal

von Dortmund, welche die Rhein- und Westfälische Eisenbahn

betreffe, können nur unter großen Schwierigkeiten befördert

werden, auch bei der besten Organisation des Dienstes. Des-

halb ist es notwendig, den Transport auf den Westfälischen

zu ermöglichen. Demnach wird vorgeschlagen, bei der

geplante Kanalisation mit dem Rhein ist für die rheinisch-west-

fälischen Kohlenbergwerke und noch mehr für die Süddeutsche

die Kanalisation der Rhein, die von ihm zu größerer Wirkung

ist, als jetzt, zu sein. Demnach bittet

Abg. Osem (natl.) erklärt sich als Gegner der Wale-

kanalisation, wobei er allerdings nur rein lokale Interessen

vertritt. Das Kanal- und Regierungswesen wird durch den

haben und das Rheinisch-Westfälische Industrie- oder das Saar-

Gebiet das bedeutendste ist und sich mehr dem allgemeinen

Interesse nähert. Die Saar-Industrie wird sich immer gegen

ein solches Projekt wenden, denn die Kanalisation der Rhein

berühmt die Rheinische Industrie diesen Kanal auf ihre Kosten

wären wollte oder wenn die Kanalgebühren zu hoch bemessen

würden, das davon das ganze Kapital verliert werden könnte,

denn wäre die Sache anders. Aber derzeit würden die Kosten

vorübergehend auf ein Kanals höher werden, als die Eisenbahn-

trassen. Die Kanalisierung würde nur auf Kosten der Staats-

eisenbahn erfolgen können, und das wäre ebenfalls, so lange

die Eisenbahn keine Tarifermäßigungen erhalten könnten.

Abg. Müller v. d. W. erklärt sich für den Dortmund-

und-Emsal-Kanal für 200 Millionen, für die Regulierung der

bei 200 Millionen, für die Regulierung der Rhein bei 200

Millionen, für die Regulierung der Rhein bei 200 Millionen,

die wir an die Verbindung des Dortmund mit dem Rhein ein-

zu bringen, welche immerhin 200 000 000 kosten wird. Auf die Kanalisation

der Rhein soll sich nicht eingehen; dabei kommt

es nicht mehr in Betracht, die Kosten der Rhein-Industrie

gegenüber einem anderen. Das Saar- und Ruhrgebiet verdienen

ebenfalls eine Berücksichtigung. (Zusammen.) Beim Ausben

der sämtlichen Westfälischen Rhein, den vorgeschlagenen

Projekt, die Rheinisch-Westfälische Industrie, wenn man

Die Ausgaben für solche Untersuchungen sind immer noch

zuzurechnen, für solche Anträge. Die Fortsetzung des Kanals

von Dortmund nach dem Rhein war für mich eine Vorbedingung

für die Bewilligung des Kanals nach dem Eschbühl; es sollte

dadurch unter Handeln von der Westfälischen Industrie

Abg. Wapach (natl.) erklärt sich gegen die Kanalisation

der Rhein, weil dadurch die Saar-Industrie bedingt

wäre; wenn diese Industrie entfallen würde, dann würden

die Kosten von der Rhein nicht für sie anfallen.

Abg. Tamm (nl.) empfiehlt eine Verbindung des Kanals

Dortmund-Eschbühl mit der mittleren Elbe. Die Regierung

habe früher selbst für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit

einer solchen Kanalisierung sich ausgesprochen.

Abg. Knebel tritt ebenfalls für die Kanalisation der

Rhein ein.

Abg. Nehmann erklärt, daß hinter dem Abg. Osem nur

der Herr von Zimm und einige im Verbanne lebende Groß-

industriellen, hinter ihm (Knebel), aber die 3 von ihm ver-

tretenen Kreise ständen.

Abg. Friedrichs (Ameburg) bittet für Verbindung der

Eisenbahnen der Rhein mit der Elbe, aber nur durch einen

Gebührende, man solle sich nicht immer auf die Hamburger

beschränken lassen.

Abg. Osem erklärt, daß drei neue Eisenbahnen für

die Elbe bestellt seien; so lange sie noch nicht fertig ge-

stellt seien, müsse man die Elbe der Hamburger in Anspruch

nehmen.

Damit schließt die Debatte; das Gehalt des Ministers wird

bewilligt.

Abg. Knebel Baubehörde bittet Abg. Wapach, die

die höchsten Gehaltsverhältnisse der Bau-Ingenieure und weist



